

Liebe Kolleginnen und Kollegen
Liebe Genossinnen und Genossen

Ich freue mich, dass ihr an die Vorabendfeier des 1. Mai im Bezirk Kulm gekommen seid. Vor einem Jahr musste die Feier, Corona bedingt abgesagt werden. Heute können wir uns unter Einhaltung der Vorschriften wieder treffen. Ein kleiner Schritt zur Normalität. Der 1. Mai hat für die Arbeiterschaft eine lange Tradition. Zum 131. Mal feiern wir den Tag der Arbeit. In den 131 Jahren hat sich einiges verändert. Eines ist aber geblieben, die Arbeiterschaft musste immer für ihre Anliegen kämpfen, noch nie wurde ihr etwas geschenkt.

Der 1. Mai 2021 steht unter dem Motto Zeit für die soziale Wende.

Die Finanzen spielen dabei eine wichtige Rolle. Nur dank einem starken Staat konnten bisher die wirtschaftlichen Folgen der Corona Krise teilweise aufgefangen werden. Weder Banken noch Versicherungen waren bereit, Kleinunternehmern mit Überbrückungskrediten zu helfen. Diese Aufgabe hat die öffentliche Hand, unser Staat übernommen. Es ist klar, dass sich der Staat nicht unendlich verschulden kann, sonst verliert er seine Kreditwürdigkeit auf dem Kapitalmarkt. Eine ausgeglichene Staatsrechnung mit Schuldenabbau ist das Ziel. Ohne abzuwarten was uns die Corona Krise kosten wird, plant der Regierungsrat des Kantons Aargau Steuergeschenke an Firmen welche mehr als Fr. 250'000 Gewinn ausweisen und an Gutverdienende mit der Verdoppelung der Versicherungsabzüge. Natürlich heisst die Vorlage nicht Steuergeschenk sondern ganz vornehm Steuerreform. Mit dieser Vorlage profitieren vor allem die Gutverdienenden. Die letzte ruinöse Steuersenkungspolitik welche die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat und Regierungsrat durchgesetzt hat, ist kläglich gescheitert. Das Volk hat die anschliessenden Sparmassnahmen schmerzhaft bezahlt. Der Steuerwettbewerb unter den Kantonen endete in einem Desaster. Die Sozialdemokratische Partei hat immer daraufhin gewiesen,

dass diese Steuerausfälle nicht zu verkraften sind. Leider ohne Erfolg. Steuergeschenke an sehr hohe Einkommen sind für die SP ungerecht und gefährden den sozialen Frieden in unserem Land. Niemand bezahlt gerne Steuern, aber es ist der Beitrag jedes Einzelnen nach seiner wirtschaftlichen Möglichkeit, damit unser Staatswesen funktioniert. Gerecht ist, dass sehr hohe Einkommen mehr bezahlen weil sie es verkraften können. Für diese Gerechtigkeit wollen und müssen wir kämpfen. Bundesrat Willi Ritschard sagte einmal, „Ein armer Staat ist kein sozialer Staat“.

Die Gesundheitspolitische Gesamtplanung ist eines der wichtigsten Geschäfte welches der Grosse Rat in dieser Amtsperiode beschliessen wird. Zurzeit sind grosse Bauvorhaben an den Kantonsspitalern Aarau und Baden im Gang. Bereits wird von regionalen Gesundheitszentren gesprochen. Das Wort Regionalspital kommt nicht mehr vor. Welche Aufgaben ein Gesundheitszentrum erbringt ist noch nicht definiert. Hier gilt es wachsam zu sein, wir werden für unser Regionalspital Menziken kämpfen müssen. Die Corona Krise hat aufgezeigt wie schnell unsere Spitäler an ihre Kapazitätsgrenzen kommen. Die Regionalspitäler leisteten einen wichtigen Beitrag in dem sie einfachere Behandlungen von den Kantonsspitalern übernahmen und diese so entlasteten. Das Personal leistete im ganzen Gesundheitsbereich - Spitäler, Spitex, Pflegeheime - einen sehr grossen Einsatz, bis an die Grenzen der Erschöpfung. Danke sagen allein genügt hier nicht. Die Arbeitsbedingungen müssen nachhaltig verbessert werden. Dafür müssen wir kämpfen, geschenkt werden bessere Arbeitsbedingungen nicht.

Leider ist unsere Altersvorsorge immer noch eine politische Grossbaustelle. Vor vier Jahren haben die Stimmbürger auf Empfehlung von SVP und FDP die Rentenreform 2020 an der Urne abgelehnt. Die beiden bürgerlichen Parteien argumentierten im Abstimmungskampf, sie hätten einen Plan B. Die Rentenreform war ein Kompromiss, welcher von allen Seiten Zugeständnisse forderte und die AHV langfristig

gesichert hätte. Wo ist dieser Plan B? Seit vier Jahren warten wir darauf. Haben die bürgerlichen Parteien diesen Plan B so gut in die Schublade gelegt das sie ihn nicht mehr finden? In den nächsten Jahren werden geburtenstarke Jahrgänge in Pension gehen. Im Jahr 2029 ist die Spitze erreicht. Der geburtenstärkste Jahrgang des letzten Jahrhunderts wird dann pensioniert. Anschliessend wird die Zahl der Neurentner sinken. Die Strategie der FDP und SVP ist klar erkennbar, die Bürgerlichen wollen die AHV schwächen, in dem sie die nötigen finanziellen Mittel verweigern. Es braucht Kompromisse, nur sparen und das Rentenalter erhöhen geht nicht. Wo sind die Arbeitsplätze für ältere, zum Teil gesundheitlich angeschlagene Menschen? Seit Jahrzehnten wird die AHV von bürgerlichen Wirtschaftskreisen schlecht geredet. Es gibt keine Obergrenze bei den Beitragszahlungen, auch die Bonis, egal in welcher Form sie ausbezahlt werden, sind AHV beitragspflichtig. Dies ärgert die bürgerlichen Parteien. Leider fehlt ihnen der Mut dies offen auszusprechen. Bundesrat Hans Peter Tschudi sagte immer, die Millionäre brauchen die AHV nicht, aber die AHV braucht die Millionäre. Diese Aussage trifft auch heute voll und ganz zu. Noch nie musste die AHV Rentenleistungen kürzen. Ganz anders ist es bei der 2. Säule der Pensionskasse. Laufend werden die Rentenerwartungen gekürzt. 1985, als die 2. Säule obligatorisch eingeführt wurde galt eine Verzinsung des Kapitals von 4 % und ein Umwandlungssatz von 7,2 %. Von diesen Versprechungen sind wir heute weit entfernt. Die 2. Säule ist das Geschäft der Versicherungen und Banken. Da das Kapital 40 Jahre lang angespart wird muss dieses angelegt werden. Die meisten Pensionskassen haben deshalb auch Aktien der Grossbanken UBS und CS. Die UBS musste vom Staat mit über 60 Milliarden Franken gerettet werden, die CS machte wieder sehr grosse Verluste mit Spekulationen. Die Aktienkurse fallen, die Pensionskassen respektive die Angestellten sind die Verlierer. Die 2. Säule, die Pensionskassen sind der grösste Sanierungsfall unserer Altersvorsorge. Hier ist es Zeit für eine nachhaltige, soziale Wende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Solidarität ist wichtiger denn je! Stehen wir zusammen und setzen wir uns für die soziale Wende, die dringend nötig ist, für alle Menschen ein.

Ich danke ihnen für ihre Aufmerksamkeit.